

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 239

Dienstag, den 13. Oktober 1903.

10. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Wahlfreiheit!

Die konservative Presse hatte jüngst gegen den Reichskanzler die Anschuldigung erhoben, er habe „heimlich“ eine Verstärkung der Linken im Reichstage gewünscht. Die „Norddeutsche Allgemeine“ hat als offizielles Organ diese Anschuldigung sofort entkräftet, indem sie ihre Freude über die vielen Kompromisse der Nationalliberalen mit den Konservativen für die preussischen Landtagswahlen ausgesprochen hat. Der „Liberalismus“ der Nationalliberalen und ihre freizüglichen Phrasen sind damit trefflich charakterisiert. Aber die „Norddeutsche Allgemeine“ hätte sich den Beweis, daß der Kanzler nicht heimlich mit der Linken sympathisiert, noch bedeutend leichter machen können. Sie brauchte nur das Eingeständnis zu machen, daß in Preußen die Regierung bei den letzten Reichstagswahlen für die Beamtenchaft Vorbezug gespielt hat, und zwar ganz gewiß nicht im Sinne der Linken.

Im Anfang des Jahres 1882, während der Zeit der heftigsten Verfolgung der Sozialdemokratie, erschien ein Erlass des Königs von Preußen an das Staatsministerium, der offenbar eine Wirkung der Reichstagswahlen vom Herbst 1881 war. Bei diesen Wahlen hatte die Sozialdemokratie, obwohl sie mit einer Ausnahme nur in Stichwahlen siegte, die Zahl ihrer Mandate von neun auf zwölf erhöht. Man glaubte, daß zahlreiche Beamte für die Sozialdemokratie gestimmt hätten. Der Erlass hatte den Zweck, die Beamten dahin zu unterweisen, daß es ihre Pflicht sei, bei den Wahlen für die Regierung zu stimmen. Das Urteilstück ist ganz in Bismarckschem Stil gehalten und enthält die bekannten konservativen staatsrechtlichen Anschauungen des Junkers, den der brave deutsche Spießbürger so lange für einen „liberalen“ Mann gehalten hat. Zwischen den Zeilen liest man leicht die Sehnsucht Bismarcks nach dem im März 1848 verstorbenen Absolutismus heraus, denn es heißt ausdrücklich, „das Recht des Königs, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten“, sei „durch die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben“. Man glaubt den Absolutisten Bismarck, der zweifellos der Verfasser dieses Urteilstücks ist, sprechen zu hören. Und am Schluß des Urteilstücks heißt es:

„Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen, aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung meiner Regierungsakte betraut sind und deshalb ihres Dienstes nach dem Disziplinargesetz enthoben werden können, erstreckt sich die durch den Dienst beschränkte Pflicht auf Vertretung der Politik meiner Regierung auch bei den Wahlen. Die treue Erfüllung dieser Pflicht werde ich mit Dank erkennen und von allen Beamten erwarten, daß sie sich im Hinblick auf ihren Eid der Treue von jeder Agitation gegen meine Regierung auch bei den Wahlen fernhalten.“

Die Schlüßsätze bleiben etwas dunkel; es ist nicht ganz klar, ob die Disziplinargesetze nur wegen Agitation und nicht auch wegen der Abstimmung angewendet werden können.

Dieser Erlass ist unter der Regierung des Grafen Bülow an die preussischen Staatsbeamten kurz vor den Wahlen verteilt worden und in diesem Sinne hat der Reichskanzler das von ihm gegebene Versprechen, er wolle ganz im Sinne Bismarcks regieren, gehalten.

Als seinerzeit vor mehr als zwanzig Jahren der Erlass erschien, erregte er ein ungeheures Aufsehen. Die Presse konnte indessen wenig dazu sagen, denn es war die Zeit des Sozialistengesetzes. Der Erlass soll, wie es scheint, dauernd in Geltung bleiben. Man kann auch Fälle anführen, in denen nach seinem Geiste verfahren wurde. Wir erinnern an den bekannten Fall in Braunschweig, wo ein Postbeamter im Wahllokal mit einem Sozialdemokraten angetroffen und eine Ausrufung gethan hatte, aus der man schließen konnte, er habe für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt. Herr von Bobbielitz suspendierte den Mann sofort vom Dienst und das Disziplinargericht verurteilte ihn zur Verweisung und kürzte ihm seinen ohnehin schon geringen Gehalt. Dabei wurde aber auch die „Freiheit der Wahl“ betont und das Hauptvergehen des Betroffenen war, daß er in Postuniform mit einem Sozialdemokraten angetroffen hatte; dies wurde als „Agitation“ betrachtet. Uebrigens hatte der Staatsverbrecher wahrscheinlich gar nicht gewußt, daß derjenige, der mit ihm anstieß, ein Sozialdemokrat war, aber der Denunziant wußte es.

Wenn also der Reichskanzler und der Staatssekretär im Reichsamt des Innern es mit der Wahlfreiheit ernst meinen, so sollten sie nicht den alten Erlass wieder hervorziehen, sondern sie sollten dafür sorgen, daß das Wahlreglement an den fehlerhaften Stellen verbessert werde. Sie sollten lieber eine genaue Vorschrift über die Beschaffenheit der Wahlurnen in Kraft treten lassen, damit jene Kontrolle der Abstimmung aufhört, die man ermöglicht, indem man Wahlurnen in Gebrauch nimmt, deren Umfang dem der

Wahlurnen ungefähr gleich ist. Da nun die Urnen aufeinander liegen bleiben, so kann man die Abstimmung genau kontrollieren, indem man die Reihenfolge der Abstimmenden notiert. Diesem groben Unfug müßte ein Ende gemacht werden.

Allerdings sieht es in der inneren Politik zur Zeit eher aus, als ob es dem allgemeinen Wahlrecht an den Krügen gehen sollte. Auf der ganzen reaktionären Linie wird zum Angriff gegen die Sozialdemokratie geblasen; ein neues Sozialistengesetz wird verlangt und die Einschränkung des Wahlrechts gilt den hartgejagten Konservativen bereits als etwas Selbstverständliches. Sie hoffen, der Sieg der Sozialdemokratie bei den Wahlen habe das Bürgerthum genügend erschreckt, um die Passivität desselben für reaktionäre Maßregeln „fruchtbar“ zu machen. Wie weit diese Rechnung richtig ist, muß die Zukunft lehren; auf einen Vorstoß der Reaktionen aber wird sich die Sozialdemokratie einrichten und all ihre Kräfte zur Abwehr aufbieten müssen.

Der „Handlanger“ Bismarck, dessen Wert der Erlass ist, hat das Zeitliche längst geleistet; vor 13 Jahren schon schied er aus der Regierung. Man sollte die Sache im Reichstage zur Sprache bringen und die Forderung erheben, daß der Erlass nicht mehr von der Regierung bei den Wahlen angewendet wird, um die Beamten zu einer von der Regierung gewünschten Abstimmung anzuhalten und ihnen ein eventuelles Disziplinarverfahren in Aussicht zu stellen. Der Erlass stand offenbar in Zusammenhang mit dem Sozialistengesetz, und nachdem dieses verschwunden, sollte die Regierung sich dem veränderten Zustand ohne allen Rückhalt anpassen.

Man erinnere sich an das bekannte Wort des Grafen Posadowsky, daß es eine sittliche Pflicht der Regierung sei, die Wahlfreiheit zu sichern. Wie begründet man von diesem Standpunkt aus die Versendung des Erlasses?

Die Ermahnungen, die Bismarck in diesem Erlasse an die Beamten richten ließ, haben jedenfalls zur Folge, daß gewisse dienst- und pflichteifrige Beamte eine verdoppelte Aufmerksamkeit auf die Abstimmung ihrer Kollegen verwenden. Darin liegt schon eine Art Beeinträchtigung der Wahlfreiheit. Das neue Wahlreglement enthält wohl Fortschritte im Vergleich mit den früheren Bestimmungen, aber die Wahlen haben gezeigt, daß es noch an einer Menge von Unvollkommenheiten leidet, die in gewissen Gegenden sehr leicht zu einer genauen Kontrolle der Abstimmungen benutzt werden kann. Man denke sich den Fall, daß ein Beamter in Bommern oder in einem andern Junkerparadies dabei ertappt wird, daß er sozialdemokratisch gestimmt hat! Da wird die tosende See ihr Opfer haben wollen.

## Politische Stundschau.

Deutschland.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion des bayerischen Landtags hat folgenden Antrag eingebracht: Die Kammer wolle beschließen: Vom 1. Oktober 1903 ab ist in allen Staatsbetrieben und auf Rechnung des Staates betriebenen Unternehmungen, soweit nicht bei besonderen, der Gesundheit schädlichen Arbeitsarten eine wesentlich kürzere Arbeitszeit geboten erscheint, die tägliche Arbeitszeit auf 9 Stunden festzusetzen. In Betrieben oder Unternehmungen des Staates, die jetzt schon eine kürzere Arbeitszeit eingeführt haben, bleibt es bis zur anderweitigen Regelung dabei. Ab 1. Oktober 1906 wird in allen Staatsbetrieben oder auf Rechnung des Staates betriebenen Unternehmungen die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden festgesetzt. Die Arbeitszeit ist durch angemessene Zwischenpausen zu unterbrechen; die Mittagspause hat mindestens 1 1/2 Stunden, die Frühstücks- und Vesperpause mindestens je eine halbe Stunde zu betragen. Im Fortsbetriebe und bei Arbeiten im Freien sind für den Aufenthalt während der Pausen, soweit dieses durch die Verhältnisse geboten erscheint, heizbare Unterkundshallen oder Schutzhütten für die Arbeiter bereit zu stellen. An Sonn- und Feiertagen und an Vorabend geselliger Feiertage ist die Arbeitszeit spätestens um 4 Uhr Nachmittags, vor hohen Festtagen spätestens Mittags 12 Uhr zu beenden. Sonn- und Feiertagsarbeit, Nacharbeit und Ueberstunden sind durch die Einstellung genügender Arbeitskräfte auf ein unermessliches Mindestmaß zu beschränken. Arbeitern und desgleichen Bediensteten, die Nachdienst haben, ist der folgende Tag frei zu geben. Bei Ueberstunden ist ein Zuschlag von 25 pCt., bei Sonn- und Feiertagsarbeit, sowie Nacharbeit ein Zuschlag von 50 pCt. zu gewähren. Als nächtliche Arbeitszeit gilt die Zeit zwischen 8 Uhr Abends und 6 Uhr Morgens. Allen Arbeitern und auch Bediensteten ist wöchentlich mindestens eine 36stündige ununterbrochene Ruhezeit und mindestens alle drei Wochen ein freier Sonntag zu sichern. Arbeitslöhne und Dienstbezüge sind so zu bemessen, daß das Einkommen zur Ernährung und Erhaltung einer Familie genügt. Der Taglohn für erwachsene männliche Arbeiter hat mindestens 2,50 M. zu betragen. Der Mindestlohn in allen Staatsbetrieben und staatlichen Unternehmungen darf für keine Arbeiterkategorie niedriger sein, als der auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes festgesetzte ortsübliche Tagelohn. In Berufen und Branchen, für die gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen bestehen, sind die Löhne mit diesen Gewerkschaften zu vereinbaren oder Tarifverträge abzuschließen. In Staatsbetrieben, die mehr als 10 Arbeiter beschäftigen, sind, nach Maßgabe der §§ 134 a und ff. der Reichsgewerbeordnung, Arbeitsordnungen zu erlassen. Für Staatsbetriebe, die mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, sind Arbeiterausschüsse zu errichten, die auf Grund des unmittelbaren und geheimen Wahlrechtes von den im Betriebe beschäftigten großjährigen Arbeitern zu wählen sind. Arbeiter und Arbeiterinnen haben das aktive und passive Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen; Aufsicher, Vorarbeiter, Werkführer oder sonstige Vorgesetzte der Arbeiter haben für die Ausschüsse weder das aktive, noch das passive Wahlrecht. Diesen Arbeiterausschüssen obliegt im wesentlichen die Vertretung der Arbeiterinteressen in den betreffenden Betrieben. Die Verwendung von gesundheitsgefährlichen Materialien, insbesondere von Bleifarben und bleihaltigen Farben, ist untersagt. Druckaufträge des Staates dürfen nur an solche Druckereien vergeben werden, die ihre Arbeiter nach den vom Deutschen Buchdruckerverband mit den Prinzipalen vereinbarten Tarife entlohnt werden. Diese Vorschriften gelten auch für alle der Militärverwaltung unterstellten gewerblichen Unternehmungen. Privatunternehmer, die im Auftrage oder auf Rechnung des Staates Arbeiten irgend welcher Art übertragen erhalten, haben mindestens die gleichen Löhne zu zahlen und dieselben Arbeitsbedingungen zu gewähren, die für die Staatsbetriebe gelten. Insbesondere müssen von Privatunternehmern, die Arbeiten für den Staat ausführen, alle Arbeiterchutzvorschriften streng durchgeführt werden.

Heimlich abgesetzt hat die Freisinnige Volkspartei den bisherigen Landtags-Abgeordneten Dr. Krieger in Königsherg. Krieger hatte in einem, in der Barthischen „Nation“ erschienenen Artikel ein Bündnis mit der Sozialdemokratie für die preussischen Landtagswahlen empfohlen. Die Folge war, daß Krieger in Königsherg nicht wieder als Kandidat aufgestellt worden und aus dem freisinnigen Wahlverein ausgetreten ist. Das alles geschah in tiefer Heimlichkeit. Die Offenheit hat von Seiten der Freisinnigen Volkspartei noch kein Wort über diese Maßregelung Kriegers erfahren.

Der Wahlverein der Liberalen, die Freisinnige Vereinigung — trat Sonntagabend in Berlin zu seiner Generalversammlung zusammen. Dabei vollzog sich die Fusion der Freisinnigen Vereinigung mit den Nationalsozialen. Ein Antrag, den Wahlverein „sozialliberal“ zu nennen, wurde abgelehnt. Zu den Vorstand wurden u. a. auch die bisherigen Nationalsozialen Naumann und v. Gerlach gewählt.

Angst um die Zukunft der Sozialdemokratie hat die Naumann'sche „Hilfe“. Sie schreibt u. A.: „Entweder hat Bebel die Kraft, sich zum Diktator der Sozialdemokratie zu machen und alle ihm unbequemen Elemente still zu machen oder abzuschließen, oder er hat die Kraft nicht. Im ersteren Falle wird aus der Sozialdemokratie ein neues Königreich Stumm mit allen Gefahren, die ein solcher diktatorisch verwalteter Staat im Staate hat. Im zweiten Falle entsteht eine Anarchie, die jeden Tag zu Spaltungen führen kann. Beides ist für die Arbeiterbewegung, aber nicht nur für diese, sondern gleichzeitig für allen deutschen Liberalismus, höchst verhängnisvoll. Wir alle müssen ruhige Weiterentwicklung der Linken wünscheln. Wir alle verlieren, wenn jetzt die Sozialdemokratie morsch wird, denn dann giebt es überhaupt kein Gegengewicht gegen die kommende Zentrumshegemonie mehr. Deshalb, wenn unsere guten Wünsche etwas helfen, so sind wir sehr dafür, daß der Streit in der Sozialdemokratie aufhört. Was aber sind Wünsche Draußenstehender, wo selbst die Wünsche der Nächstbetheiligten Wind sind?“ — Naumann sollte sich doch den Kopf nicht über uns zerbrechen. Uebrigens ist er, seitdem er Freisinniger geworden, sehr naiv, wenn er glaubt, durch die Streikigkeiten einiger Literaten könne eine Dreimillionenpartei „morsch“ werden!

Gemeindevahltag. Bei der Stadtverordnetenwahl in Braunschweig wurde Freitag unser Genosse Barber Funge glänzend gewählt. Damit ist unserer Partei der erste Sitz der dritten Wählerklasse zugefallen, und nur noch ein Mandat dieser Klasse befindet sich in bürgerlichen Händen. Insgesamt giebt es in Braunschweig 36 Stadtverordnete.

Die ober-schlesische Nationalpolen suchen jetzt auch die gewerkschaftliche Bewegung in den Dienst ihrer Sache zu stellen. Und sie suchen sich zu diesem Zwecke zunächst der christlichen Bergarbeitervereine zu bemächtigen, zum Schrecken und Aerger des Zentrums, das diese bisher als seine Domäne betrachtete. Der in Benthien (Oberschlesien) erscheinende nationalpolnische „Dziennik Główny“ fordert die Umwandlung des in Benthien domicillierenden Berg- und Hüttenarbeiterverbandes, der angeblich 13 000 Mitglieder zählt, in eine gewerkschaftliche Kampforganisation. Das 100 000 Mark betragende Vermögen sollte zur

Hälfte dem Begünstigten verbleiben, zur andern Hälfte aber als Streifen dienen und durch Erhöhung der Beiträge und Vermehrung der Mitgliederzahl bedeutend vergrößert werden. Es ist kein Zweifel, daß wenn die Polen ernstlich an die Erreichung dieses Zieles gehen, sie dasselbe auch gewinnen werden. Die Organe der konservativen wie der ultramontanen Großindustriellen Oberschlefiens wüthten denn auch gegen die Bedrohung ihres Profits wie ihres politischen Einflusses auf die Arbeiter, soweit letzterer bei den polnisch redenden Arbeitern überhaupt noch vorhanden ist. Ursache zur Zufriedenheit haben lediglich die auf dem Boden der Klassenunterschiede stehenden Arbeitergewerkschaften. Werden sie doch in das von den Nationalpolen gemachte Bett steigen, sobald die aufgerichteten Arbeiter erkannt haben, daß ihre Interessen auf die Dauer nicht von der bürgerlichen Polenpartei, sondern konsequent und rücksichtslos allein von der modernen Arbeiterbewegung vertreten werden.

**Der Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten** im 40. ländlichen Wahlkreis (Widau-Land) ist nach der „Leipz. Volkszeit.“ gewiß. Die für ungültig erklärte Wahl eines Wahlmannes der 3. Abtheilung wurde an der Zustände des Sieges nichts ändern, da eine Nachwahl stattgefunden hat, die unzweifelhaft mit dem Siege des sozialdemokratischen Kandidaten enden werde.

**Der Brodforb** wird von der preussischen Regierung denjenigen Lehrern höher gehalten, die nicht als wichtige Bekämpfer des Polenthums auftreten. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Posen: Im Regierungsbezirk Bromberg wurden 80 Lehrer von der Gewährung der 25 Markenzulage ausgeschlossen.

**Das Prügeldelikt.** Um wieder einmal sein Steckmesser reiten und der Einführung der Prügelftrafe das Wort reden zu können, hat sich Hertel für die „Deutsche Tageszeitung“ einen Herrn Sendke aus Bagemühl verschrieben, der einmal einem alten Landstreicher begegnet ist und sich von diesem mit märchenhaften Schilderungen der Wonnen des Gefängnislebens hat anführen lassen. Sendke behauptet geradezu, daß sich die Leute ins Gefängnis drängten, weil sie dort gar so gut behandelt würden. Schon die Amtsrichter seien so wohlwollende Herren; es fielen ihnen gar nicht mehr ein, den Delinquenten anzuschreien. Dann werde der Verurtheilte gar noch auf Staatskosten gewaschen, gebadet, vom Ungeziefer befreit und frisch gekleidet. Er erhalte eine gute Kost. Die Arbeit sei nur Spielerei, an unterhaltender Gesellschaft fehle es auch nicht und das Nachtlager sei ganz famos. Diese ironische Gefängnisbeschreibung hat nun Herr Sendke fürchterlich ernst aufgefaßt. Wann endlich, ruft er, man endlich werden mehrere Gelehrte einsehen, daß der Gefängnisbesuchern bei jedem Zu- und Abgang 25 aus der „Armenkasse“ aufgeschliffen werden müssen, um den Zuzug des arbeitssüchtigen Gesindels von den Gefängnisfern zuhalten. Ein köstlicher Sozialpolitiker, dieser Gefängnisbesucher. Man könnte hell aufschreien über seine gelungenen Ausführungen, wenn die Sache selbst nicht so komisch wäre; denn wenn wirklich, was ja oft genug vorkommen mag, ein armer Teufel in der trostlosesten Kerkers- und Erwerbsloshaus eine Gefängnisbesuchung begeht, nur um sich wenigstens im Gefängnis wieder einmal satt essen zu können, so ist dies ein höchst vernünftiges Diktum für die Gebärden unserer wirtschaftlichen Zustände. Dassel giebt natürlich keinen Grund an der Handhabung nach recht und ruft das Volk auf, das energisch eine radikale Aenderung des Gefängniswesens und die Einführung der Prügelftrafe fordern soll. In immer weiteren Kreisen dürfte die Ueberzeugung Platz greifen, daß man die Grundlagen des Staates erschüttere, wenn man das Gefängnis zum Eldorado macht. Wir verzichten darauf, Dertels Worte durch einen Kommentar abzuschwächen.

**Eine Petroleummrede des Handelsministers.** Minister Müller hat, wie der „Hann. Anzeiger“ berichtet bei einer Besichtigung auf dem Kaiser Reichswald, anknüpfend an seinen Besuch der Erdölwerke im Delgebiet der Sleswiger Heide, gesagt: Er freue sich, die Ueberzeugung mitnehmen zu können, daß jetzt dem amerikanischen Petroleum-Monopol kein Ende gemacht werden könne durch die Bestrebungen, in Deutschland Erdölfelder anzupflanzen, so namentlich in der Sleswiger Heide. Die Regierung lege in dieser Frage auf dem Standpunkte, daß sich die aus diesen Bestrebungen entstehende Konkurrenz nur gegen das Ausland richte. Es wäre der richtigste Standpunkt, wenn die deutschen Produzenten Hand in Hand gehen würden und zusammen große Konzessionen erzielten. Wie bei den Konferenzen des Ministers mit den Industriellen zur Sprache kam, beschloß die Internationale Oligopolgesellschaft, im allergrößten Maßstabe Untersuchungen in den Wägen Delbrüchen vorzunehmen; sie hat deshalb auch bereits damit begonnen. — Die ostpreussischen Agrarier werden Jeter und Moritz spreizen, wenn ihnen von Dertels für ihre Spiritus-Industrie „heilig“ wird.

**Wahlrecht in Baden.** Dem hinterlistigen Anschlag auf das Wahlrecht der unbewilligten Reichsmitglieder hat, wie dem „Vorn.“ aus Mannheim geschrieben wird, Herr Minister Scherzl entgegen, der eben noch in seiner Darlegung Scherzreden für seine Regierung das Recht der „fortschrittlichen Freiheit“ in Anspruch genommen hatte. Er verfiel durch generellen Erfolg an die Deputierten, daß unter die im § 35 unserer Verfassung angeführten Armenunterstützungen auch die öffentlichen Schulen, die das Recht der Gewerkschaften einschließen, auch die unentgeltliche Siefierung von Lehrmitteln zu rechnen sei. Man ist hier aber im Laufe der letzten Jahre in den größeren und mittleren Städten des Landes in zunehmender Umrang in Anspruch genommen worden, weil die öffentlichen Behörden auf die bezügliche Anträge jedesmal ausdrücklich erklärten, daß sie diese Anträge nicht für das Wahlrecht nicht berücksichtigen wollten. Man hätte sich dabei an die Worte der Reichsversammlung des Reichstages sowie an die Uebung im benachbarten Bayern und Württemberg an, die eine solche Abgrenzung ausdrücklich ausschließen. Wenn das nicht der Fall gewesen, so hätten jedenfalls nach Scherzl der jetzt in dieser Sache unterzeichneten Reichsminister die Verantwortung der preussischen „Rechts“ abgelehnt. Jetzt, wenige Wochen vor der Wahl, nachdem man die Leute hoch über ihre Befähigung über die Sachverhalte hinweg, hat Herr Minister und herabzu den Tausenden von Arbeitern ihres wichtigsten Rechtes. Die Reichsversammlung hat den Reichstag ermahnt, daß es kein Mann die Leute absichtlich in eine

Falle locken wollen, erregt begreiflicherweise Aktenhellen Entrüstung. Der Stadtrat von Mannheim hat bereits die Erklärung abgegeben, daß er nach Lage der Sache außer Stande sei, der ministeriellen Anordnung Folge zu leisten. Ihm werden sich voraussichtlich andere anschließen. Auf alle Fälle aber wird unfererseits gegen den Entrechtungsversuch der schärfste Protest erhoben werden.

**Mit einer Woche Mittelarrest** ist bei den Lüneburger Dragonern ein Unteroffizier bestraft worden, weil er im Theater während der Pause mit einem sozialdemokratischen Redakteur gesprochen hatte. Schon lange bevor der Redakteur Sozialdemokrat und der Unteroffizier Soldat wurde, waren beide eng befreundet gewesen. Ohne daß sie von einander wußten, trafen sie sich plötzlich in Lüneburg und dachten in der Freude des Wiedersehens nicht daran, sich gegenseitig zu „schneiden“. Der Unteroffizier betonte denn auch im Verhör, daß der Redakteur ein alter Freund von ihm sei. Das wurde aber dem jungen Vaterlandsverteidiger erst recht übel genommen. Dieser Praxis schämt man übrigens auch bei Zivilbehörden zu huldigen. So wurde vor längerer Zeit in einer mitteldeutschen Provinzialhauptstadt ein Postamtbeamter in eine langwierige Unterjuchung verwickelt, weil er mit seinem Schwager, einem Sozialdemokraten, ein Glas Bier getrunken hatte.

**Kleine polizeiliche Nachrichten.** Graf Bülow, der erst in nächster Woche aus Klein-Florbach nach Berlin zurückkehren gedachte, ist bereits Sonnabend Nachmittag dort eingetroffen. Man nimmt an, daß er seine Rückkehr wegen Verschärfung der Lage in Ostasien beschleunigt hat. — Am morgigen Dienstag finden in Berlin sechzehn sozialdemokratische Protestversammlungen gegen die Ansetzung der Wahlzeit zum preussischen Landtag auf 2 Uhr Nachmittags statt. — Zur Berathung über die Aenderung des sächsischen Wahlrechts wird am 26. Oktober eine aus Mitgliedern verschiedener Parteien und aus Regierungsvertretern zusammengesetzte Versammlung stattfinden. — Der verordnete Generaldirektor Richard Köpcke hat eine testamentarische Bestimmung hinterlassen, daß unter alle zur Zeit seines Todes in seinen Privatdiensten angestellte Personen, die fünf Jahre für ihn thätig waren und sämtliche 3 J. seines Todes in der Schultheißenbrauerei beschäftigten Arbeiter, die dort zehn Jahre thätig waren, die Summe von 100000 Mark zu gleichen Theilen vertheilt werden soll. — Blättermeldungen zufolge soll Graf Tisza in den nächsten Tagen zum ungarischen Ministerpräsidenten designirt werden. — Die Unterjuchung des österreichisch-ungarischen Generalkonjuls über die Dynamitexplosion auf Dampfer Waskan ergab, daß dieselbe einem Zufall zuzuschreiben ist. Das Dynamit war für bulgarische Banden bestimmt. Von einem Angriff der mazedonischen Aufständischen auf ein ausländisches Schiff kann somit nicht gesprochen werden. — In Australien haben die führenden Politiker ihre unbedingte Zustimmung zu Chamberlains Zollpolitik ausgesprochen.

**Rußland.**

**Ein deutsch-russischer Zwischenfall?** Der russische Minister des Innern hat den „Petersburgskaja Wedomosti“ wegen ihrer besonders im Leitartikel vom Freitag hervortretenden schädlichen Äußerung die erste Verurteilung ertheilt. Der betreffende Artikel berichtete über einen hier noch unbekanntem, angeblichen Ausfall des deutschen Bevollmächtigten Bünz in der dritten Sitzung des Internationalen Schiedsgerichts im Haag gegen den russischen Justizminister Murawiew und trugsthe daran die Folgerung, daß Bünz entweder den Auftrag hatte, Rußland zu bräutieren, oder daß er unvorsichtig einen geheime Wunsch aller Deutschen verrathen habe, der darauf gerichtet sei, daß Deutschland Rußland ebenso wie im Jahre 1870 Frankreich überfallen wolle. Die „Nowoje Wremja“ erfährt dazu aus durchaus autoritativer Quelle, in unterrichteten Kreisen sei über einen derartigen Zwischenfall im Haag nichts bekannt; die Mittheilung der „Petersburgskaja Wedomosti“ beruhe auf Erfindung. Auch das offiziöse „W. S.“, welches diese Depeche weiter verbreitet, bemerkt dazu: „An Berliner unterrichteter Stelle wird die Angabe der „Nowoje Wremja“ lediglich bestritten.“

**Oesterreich-Ungarn.**

Die ausländischen Budapestter Seher veranstalteten am Freitag vor der Redaktion des „Budapesti Hirlap“ eine Kundgebung. Etwa 900 Seher erschienen gegen acht Uhr vor dem Gebäude, schrien, pöffen und lärmten. Die Polizei wurde bei ihrem Eingreifen mit Roth und Steinen beworfen und schließlich genöthigt, mit der blanken Waffe einzugreifen. Schupferer und viele Ausländer wurden verletzt, 35 Seher verhaftet.

**Schweiz.**

**Staatliche Förderung der Sozialdemokratie.** Die Regierung des Kantons St. Gallen hat an acht Gewerkschaften die Summe von 330 Fr. in Beträgen von 20, 30, 40, 50 und 90 Fr. bewilligt, ebenso wurden katholische Gewerkschaften und liberale Gewerkschaften berücksichtigt und insgesamt 3000 Fr. für diese Zwecke aufgewendet.

**Italien.**

**Der Zar kneift.** Wie dem „Berl. Tagbl.“ aus Wien gemeldet wird, hat der Zar seine Komreise endgültig aufgegeben. Hatte er Furcht vor der Begrüßung, die seiner wartete?

**Frankreich.**

**Der Streik im Norddepartement.** Wie aus Lille berichtet wird, wurde Freitag dort in 16 Versammlungen der Ausständigen die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen. Nur zwei Versammlungen erklärten sich gegen die Fortsetzung des Streiks. In Douai ist die Ruhe wiederhergestellt. In Halluin dauert der Generalstreik fort. Es wurde eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen, auch mehrere Belgier wurden wegen Beschränkung der Arbeitsfreiheit verhaftet. In Roubaix fand eine Kundgebung der Ausständigen statt, in deren Verlauf viele Fensterscheiben eingeschleudert wurden und ein Polizeibeamter schwer verletzt wurde.

**England.**

**Ein Arbeitertag.** Unter Parler Theilnahme von Delegirten der Arbeiter Union Englands fand am 3. Oktober in Birmingham ein Kongress statt, auf dem die beste Methode besprochen wurde, Arbeiterkandidaten ins Parlament und in die Gemeinderathverwaltungen zu bringen.

**Chamberlains agitatorische Thätigkeit** hat, als der frühere Handelsminister Ritchie vor seinen Wählern in Craydon sprach, ihre ersten Wirkungen gezeigt. Ritchie der sich entschieden für den Freihandel aussprach, wurde mehrfach von Lärm unterbrochen, und es wurde „Rufe Britanica“ angestimmt, um die Rede zu stören, wie bei Beginn des Transvaalkrieges häufig Redner gestört wurden, die gegen den Krieg sprachen. Doch kam Ritchies Rede schließlich noch gut zu Ende und er verließ den Saal unter lautem Beifall.

**Spanien.**

In Valencia brach ein allgemeiner Streik der Oltroibeamteten aus, worauf Tausende von Spaniern und Kindern enorme Mengen von Wein und anderen Waaren unter dem Beifall des Publikums in die Stadt einströmten. Dann wurden Oltroibehäuser angezündet. Da auch das requirirte Militär nicht ausreichte, um den Schmuggel zu verhindern, mußte der Oltroibehälter nachgeben und die Forderungen der Beamten erfüllen.

**Balkan.**

**Neue Kriegsgefahr am Balkan?** An die Aarm nachrichten, die aus Ostasien gekommen sind (wir berichten darüber weiter unten. Red.), schließen sich solche von der Balkanhalbinsel. Bulgarien will nicht Ruhe geben. Die „Köln. Ztg.“ veröffentlicht an leitender Stelle einen die Zuspitzung der politischen Verhältnisse in Europa sowie Ostasien besprechenden Artikel, der zu dem Schluß kommt, daß die Hauptgefahr vom Orient komme, wo nach neueren Meldungen die militärischen Kreise Bulgariens einem Winterfeldzuge das Wort reden. Während in diplomatischen Kreisen die Kraft und Lust zum Widerstande durch gewisse diplomatische Vorgänge neubeseelt wurden, ist man über die englische Note außerordentlich befreit. Man will das vollständige Scheitern des russisch-österreichischen Kompromisses abwarten, um mit einem viel weitergehenden aufzutreten. Die „Köln. Ztg.“ erhofft von der ehrlichen Friedensliebe der Mächte einen feierlichen Ausweg, in dessen Bieten die Geschichte des mazedonischen Aufstandes so viele Zwischenfälle, daß man die weitere Entwicklung der gegenseitigen Abrüstungen zunächst abwarten muß.

**Serbien.**

Der oberste Militärgerichtshof beauftragte, wie aus Belgrad berichtet wird, Freitag das vom Kriegsgericht gegen die in Nißky verhafteten Offiziere gefällte Urtheil bis auf das Urtheil gegen Hauptmann Zwetkowitz und die Oberleutnants Danbarowitsch, Bedorowitsch und Georgiewitsch, welche die Ausrottung der Verschwörer forderten, weshalb ihre Strafe von 8 auf 13 Monate erhöht wurde mit Verlust ihrer Charge.

**Ostasien.**

**Krieg zwischen Japan und Rußland.** Die Spannung zwischen Japan und Rußland nimmt nach neuesten Berichten einen bedrohlichen Charakter an. Wie man aus Petersburg schreibt, zirkulirte in der russischen Hauptstadt das Gerücht, daß für Sonntag die Kriegserklärung Rußlands an Japan zu erwarten war, falls dieses sich nicht im letzten Augenblicke zum Rückzug in der Mandchurie verstehen sollte. Die Militärbehörden in Petersburg entfalteten neuerdings ein ganz ungewöhnlich lebhaftes Thätigkeit; so werden spezielle Regimenter für den ferneren Osten formirt, die in 26 Tagen am Bestimmungsorte eintreffen müssen. Die russischen Zeitungen, die in ihrem Nachrichtendienst aus Ostasien stets einer sehr strengen Zensur unterworfen waren, dürfen jetzt erschoßend über die Ereignisse im fernen Osten berichten, und auf die kommenden Dinge vorzubereiten. Wenn nicht Japan seinen Widerspruch gegen Rußlands Mandchureipolitik vollständig aufhebe, so ist der Krieg unvermeidlich. Eine gewisse Bestätigung findet diese Petersburgische Drahtung in einer Meldung der „Köln. Ztg.“, die sich berichten läßt: „Hinsichtlich der Mandchurei wird Rußland allen Anzeichen nach es auf einen Krieg ankommen lassen. Ein Zeichen dafür, daß man sich auf's Neueste gefaßt macht, ist die Meldung, daß Offiziersfamilien, die sich nach Port Arthur begeben wollten, die Weisung erhielten, die Reise bis zum Sommer 1904 aufzuschieben, angeblich, weil die für Offiziersfamilien dort im Bau begriffenen Gebäude erst im nächsten Jahre fertig werden. Auf der anderen Seite ist es eine Thatsache, daß die Japaner Truppenmassen zusammenziehen, deren Zweck zweifellos ein anderer ist, als Manöver abzuhalten.“ Auch die direkten Meldungen aus Ostasien selbst lauten alarmirend. Einem Berichte der „Morning Post“ aus Tschifu zufolge geht dort andauernd das Gerücht um, Japan habe bezüglich der Räumung der Mandchurei an Rußland ein Ultimatum gestellt, das in zwei Tagen ablaufen. Die russischen Unterthanen in Tschifu hätten sich bewaffnet, weil die überwiegende japanische Bevölkerung vielleicht aufgereizt werden könnte. Ferner wird dem „Newport Herald“ aus Tschifu telegraphirt: Das russische Geschwader verließ Port Arthur. Der Admiral hat versiegelt Ordres, welche er erst auf hoher See erbrechen soll. Man nimmt an, daß sich das Geschwader nach der koreanischen Küste begibt. Gerüchtweise verlautet, Japan habe Truppen auf Korea gelandet.

**Lübeck und Nachbargebiete.**

Montag, den 12. Oktober.

**Vater Staat muß helfen!** Als im Winter 1901/2 im Lübeck die Arbeitslosigkeit einen großen Umfang angenommen hatte, da jagten sich die hungernden und frierenden Arbeitslosen: Vater Staat muß helfen, indem er durch schleunige Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten der bittersten Noth etwas steuert. Vater Staat hat jedoch nicht; seine Organe lieben vielmehr durch den Mund des damaligen Senators und jetzigen Bürgermeisters Dr. Klug den Arbeitslosen die fundamentale Weisheit verkünden: „Ein besonderer Nothstand besteht nicht!“ Als in diesem Jahre eifrige Bismarckjünger in ihrem „Gros“ ein Götzenbild errichten wollten und das hierzu nötige Geld nicht vollständig zusammengebracht bekamen, da schrien sie: Vater Staat muß helfen! Und Vater Staat hat, indem er zu bewusstem Zwecke der Steuerfädel um nur 6000 Mk. erleichterte. Hier erkannte er also den Nothstand — zwar nicht der Arbeitslosen, wohl aber der Bismarck-Denkmalstiftung. Auch jetzt erhallt wieder aus den Kreisen der sogenannten „oberen Behntausend“ Lübeds der Ruf: „Vater Staat muß helfen!“ Diese „nothleidende“ Bevölkerung



**Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.**

**H. T. V.**

Vorstandssitzung Dienstag Abend  
8 1/2 Uhr.

**Deutscher  
Metallarbeiterverband**  
(Hauptstelle Lübeck.)

**Nachruf.**

Am Freitag den 9. d. M. verstarb unser  
treues Mitglied, der Mitglied

**Ernst Kreplin**

im Alter von 23 Jahren  
Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

**Statt besonderer Meldung.**

Am Sonntag verstarb meine liebe Frau und  
meiner Tochter liebevolle Mutter

**Eliese Beckmann**

geb. Lüth

im Alter von 30 Jahren.

Liebetrauert von den Hinterbliebenen.

**K. Beckmann und Tochter.**

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 14.  
d. M., Vormittags 11 Uhr, vom Kranenhanse,  
Schafstr. 19, aus statt.

Für erwiesene Aufmerksamkeit anlässlich  
unserer Hochzeit danken herzlich

**Johannes Evers und Frau**

geb. Furmeister.

Zu vermieten zum 1. Januar 1 fremdliche  
Etagenwohnung, 3 Zimmer und Zubehör.

Adlerstr. 39 a. nart.

**Ein gutes Logis zu vermieten.**

Margarethenstr. 12.

Eutrogen zwei braune Zügelhalbstunden.  
Gegen Belohnung abzugeben.

Mühlenstr. 32 a.



**Arbeiter-Notiz-  
Kalender 1904**

Ges. 60 Bg., Bortz 10 Bg.  
Die Reichstagswahl von 1903  
Porträts und Biographien  
der sozialdemokratischen  
Reichstags-Abgeordneten.  
Nachdruckbuch für  
Gewerkschaften und Partei  
Verlag:  
Verlagsanstalt Vorwärts  
Berlin S.W. 46, Unter den Eichen 10.

**Achtung!**  
Sozial-Verband  
der Hafenarbeiter Lübeds.

**Versammlung**  
am Montag den 12. Oktober  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom letzten Quartale.  
2. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit und Abrechnung für die am 1. d. M. abgelaufene Periode.  
Für jede Gewerkschaft ist es zu wünschen.  
Der Vorstand.

Wichtiges: nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie für die Familien der Arbeiter und Arbeiterinnen. — Verleger: Theodor Sauer.

**Vor-Anzeige.**  
Dienstag den 13. Oktober a. G.

**Ganz besondere  
Ausnahme-  
Angebote.**

**Warenhaus Hansa**

Das  
**Fraktions-Bild**  
der  
sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten  
ist eben in brillanter Ausführung erschienen  
und zum Preise von 60 Bg. (inkl. Porto) zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50

**Von heute an befindet sich mein Geschäft  
Fischergrube 25.**

für Herrenstiefel-Sohlen u. Absätze 2,00 M.  
Damenstiefel-Sohlen u. Absätze 1,40 M.  
Kinderstiefel-Sohlen . . von 70 Pfg. an.  
**J. Böhls.**

**„Die Neue Zeit“**  
Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie  
redigiert von Karl Kautsky  
Mit ihrem wertvollen wissenschaftlichen Inhalt unter ständiger Mitarbeiterkraft  
mehrerer unserer bekanntesten Parteigenossen eine der besten Zeitschriften und jedem  
Arbeitergenossen sehr zu empfehlen. Dieselbe erscheint in wöchentlichen, 32 Seiten starken  
Heften à 25 Bg. und ist zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstrasse 50.

**Henkels  
Bleich-Soda**

Ihren reisigen . 1,50  
Jedern einsehen . 1,50  
1 Jahr Garantie. 10  
Vergleichen 1. Duzl. 0,30  
**Aug. Büttner,**  
Hilfenrich,  
Hafenstr. 32. 33

**Freiw. Kranken- u. Sterbefasse**  
(E. S. Nr. 6 in Lübed.)

**General-Versammlung**  
am Mittwoch den 14. Oktober  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.  
Der Eintritt in die Tagesordnung: Boten-  
wahl.  
Mitgliedsbücher sind vorzulegen.  
Der Vorstand.

**Holzarbeiter-Verband**  
**General-Versammlung**  
am Dienstag den 13. Oktober  
Abends 8 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal.  
2. Neuwahl der Lohnkommission.  
3. Fragekasten.  
4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen erucht  
Die Lokalverwaltung.

**Außerordentliche  
General-Versammlung**  
der  
**Maurer-Lokal-Krankenkasse**  
zu Lübeck  
am Mittwoch den 14. Oktober  
Abends präzis 8 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:  
1. Statutenänderung  
2. Verschiedenes.  
Der Vorstand

**Circus Variété.**

Der gegenwärtige  
prachtvolle Spiel-  
plan erregt jeden  
Abend stürmischen  
Beifall.  
Anfang 8 Uhr.

**Stadt-Theater.**

7 1/2 Uhr Dienstag den 13. Oktober. 7 1/2 Uhr.  
18. Vorh. 3. Dienstags-Abonnement.  
**Die Hugenotten.**  
7 1/2 Uhr. Mittwoch den 14. Oktober. 7 1/2 Uhr.  
Satisfaktion.  
Sonntag den 18. Oktober: **Lohegrin.**

Wichtiges: nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie für die Familien der Arbeiter und Arbeiterinnen. — Verleger: Theodor Sauer.

## Eine Bestie als Erzieher.

In Bayreuth wurde dieser Tage, wie schon kurz berichtet, vor dem Schwurgericht gegen den Kandidaten der Rechte und Privatlehrer Dippold wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todesfolge verhandelt. Unsere Leser werden sich erinnern, daß Dippold der Erzieher der Söhne des Direktors der Deutschen Bank in Berlin, Kommerzienrathen Robert Koch war, und daß der älteste der ihn anvertrauten Knaben, Heinz, von den Mißhandlungen des Dippold verstorben ist. Die Verhandlungen entrollten ein graufiges Bild von der Art und Weise, wie Dippold sein Erziehungsamt ausgeübt hat und bestätigten die Anklage in vollstem Maße. Dippold hatte die Knaben zuerst kurze Zeit in Berlin unterrichtet und siedelte dann mit ihnen nach einem Herrn Koch gehörenden Gute Hiegenberg im Harz über. Dort mißhandelte Dippold die ihm zum Unterricht und zur Erziehung anvertrauten Knaben in geradezu unmenschlicher Weise. Die Knaben mußten sich oftmals bis aufs Hemd entkleiden. Als dann mußte sich zunächst der älteste, der am 20. Februar 1889 geborene Heinz Koch, auf einen Tisch legen. Auf diesen schaltete ihn Dippold fest und band ihm außerdem die Hände auf den Rücken. Als dann schlug der Uebelthäter den armen Knaben mit einem dicken Spazierstock so lange auf den Rücken, das Gesicht, den Kopf usw., bis entweder der Stock zerbrach oder die Kräfte des Dippold nachließen. Danach trat eine kurze Pause ein, und alsdann wurde an dem am 17. Februar 1891 geborenen Joachim Koch dieselbe Bestrafung vorgenommen. Dippold hatte eine Anzahl Stöcke in Reserve. Da aber gar zu viele durch die mit voller Kraft geführten Schläge zerbrachen, so schnitt er sich im Park aus Haselnußzweigen die notwendigen Werkzeuge. Wenn Dippold allzu zornig wurde, schlug er mit einer Eisenstange in unbarmherziger Weise auf die armen Jungen ein, so daß diese zum Teil blutüberströmt bewusstlos zusammenbrachen. Im November 1902 wurde der Frau Kommerzienrath Koch von den furchtbaren Mißhandlungen Mitteilung gemacht. Sie stellte Dippold zur Rede und verbot ihm unter Androhung der Entlassung weitere Mißhandlungen. Dippold gestand die ihm zur Last gelegten Handlungen in Abrede, gab aber zu, die Knaben oftmals geprügelt zu haben, da er sie mehrfach bei Begehung „geheimer Sünden“ ertappt hätte. Immer neue Grausamkeiten erliefen und verübte der Uebelthäter. Er weckte die Knaben aus dem Schlaf und zwang sie, stundenlang vor dem Bett, mit bloßem Hemd bekleidet, zu stehen. Oftmals fielen die armen Kinder vor Schwäche um. Dies gab aber ihrem Väter nur Veranlassung, von neuem zu schlagen. Er begnügte sich aber nicht mit Stockschlägen, er würgte die Jungen auch am Halse, so daß sie nicht schreien konnten. Im Winter bei 10 Grad Kälte mußten die Knaben barfuß im Schnee laufen, so daß sie die Füße erfroren. Als die Eltern der Knaben nochmals von den Mißhandlungen Kenntnis erhielten, schickte Kommerzienrath Koch zugleich seinen Schwiegersohn, den Rittmeister a. D. Bugge, und den Direktor des Neurobiologischen Universitäts-Laboratoriums Dr. med. Vogt (Berlin) nach Hiegenberg. Dippold wußte aber die Sachlage so darzustellen, daß Dr. Vogt eine körperliche Untersuchung der Knaben für überflüssig hielt. Beide Herren lebten vollständig befriedigt nach Berlin zurück und stellten an Frau Kommerzienrath Koch die Frage, woher sie „diesen idealen Menschen“ habe. Allein Dippold spielte nunmehr den Gefräßigsten. Er kündigte seine Stellung. Da aber Frau Kommerzienrath Koch „diesen idealen Menschen“ auf alle Fälle behalten wollte, so sandte sie ihm 500 Mk. als Extrahonorar und dankte ihm herzlich für seine Aufopferung. Darauf zog Dippold seine Kündigung zurück, er stellte aber die Bedingung, nunmehr mit den Knaben nach Drosendorf übersiedeln zu dürfen. Hier setzte Dippold seine Mißhandlungen fort. Am 8. März hatte Dippold den Heinz Koch wieder so furchtbar geschlagen, daß er vor Schmerzen nicht schlafen konnte. Da er außerdem über heftiges Fieber

lagte, so gab ihm Dippold Schlafpulver. Am folgenden Morgen vermochte Heinz vor Schwäche nicht aufzustehen. Dippold zwang ihn aber dazu, und obwohl her ohne Kräfte versagte, so wurde er fortgesetzt über es hinweg geliegt. So mußte er den Tag hindurch und alsdann mit Dippold und seinen Brüdern Joachim einen längeren Spaziergang unternehmen. Beide Knaben sollen infolge dieser Behandlung die jugendliche Elastizität verloren und einen geradezu greisenhaften Gang bekommen haben.

Am Morgen des 10. März bat Heinz Koch flehentlich, ihn noch liegen zu lassen, er fühle sich todkrank, er werde wohl sterben. Dippold warf ihn aber aus dem Bett und zwang ihn zur Arbeit. Da plötzlich, als Heinz Koch gerade am Puls stand, fiel er vor Schwäche um und wurde ohnmächtig. Nun erst legte Dippold ihn zu Bett. Nach kaum zehn Minuten begann Heinz Koch zu röcheln. Dippold sandte nach einem Arzt. Da aber das Röcheln nicht nachließ, so steckte Dippold dem Knaben nach der Aussage des jüngeren Joachim einen Knebel in den Mund. Raum war diese neue Freveltthat vollendet, da hatte Heinz Koch ausgehollt. Der Arzt Dr. Severin untersuchte sichtlich gerührt den Todten, und da er die Ueberzeugung gewann, der Knabe, bei dem infolge der Mißhandlungen eine Mercurenzündung im Entstehen begriffen war, sei das Opfer unmenschlicher Behandlung gewesen, so erstattete er Anzeige. Dippold wurde sogleich verhaftet, und da Zweifel an seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit auftraten, der Kreisirrenanstalt zur Beobachtung überwiesen. Dort wurde er aber für geistig gesund erklärt.

Der Angeklagte suchte bei seiner Vernehmung die Mißhandlungen als wohlverdiente Strafen, die nicht über das Maß des Erlaubten hinausgegangen seien, hinzustellen und schilbete die beiden Knaben als sehr ungezogen. Er erzählte, daß er die Knaben bei Begehung „geheimer Jugendtünden“ betreffen habe. Er habe deshalb mit den Jungen alle möglichen körperlichen Übungen vorgenommen, um sie von diesem Laster abzubringen. Der Angeklagte erzählte in ausführlicher Weise, wie er erst bemüht war, die Knaben durch Strafpredigten von dem erwähnten Laster abzubringen. Dies habe jedoch nichts geholfen. Er habe schließlich eingeschritten, doch nur eine starke Züchtigung im Stande sei, die Jungen von dem Laster abzubringen.

Mehrere Zeugen, Studiengenossen des Dippold, schilderten den Angeklagten als jähzornigen, zum Größenwahn neigenden Menschen. Der Vorgänger im Lehramt schilbete die Knaben Joachim und Heinz als zwar träge aber gutartig und verneinte, daß sie geschlechtliche Ausschweifungen begangen hätten.

Die Zeugenvernehmungen verbreiteten sich über die ganze Bergengegend der Knaben, wobei diesen im Allgemeinen ein gutes Zeugnis ausgestellt wurde. Einen äußerst merkwürdigen Eindruck machte ein von dem verstorbenen Heinz Koch geschriebenes Selbstbekenntnis, in welchem der Knabe sich aller möglichen Verbrechen, so des Diebstahls von mehr als 1500 Mark, den er an seinem Vater begangen haben wollte, des geschlechtlichen Umganges mit Dirnen usw. beichtete. Der Vater des Knaben erklärte dieses Selbstbekenntnis für die größte Frechheit und Betrügerei und den eingestandenen Diebstahl für nicht nur nicht geschehen, sondern für völlig unmöglich.

Das Allerwiderrwärtigste bei der Sache ist noch das, daß der Angeklagte, welcher die Knaben in einer so unmenschlichen Weise geschlagen hat, wie die Verhandlung ergab, dieselben vielfach in unzuchtiger Weise berührt hat. Die Vernehmung der Mediziner stellte „angehorliche Verletzungen“ fest, und Dr. med. Franz Weiß-Bahrenh, der bei der Sektion des Heinz Koch assistiert hat, erklärte seine Ueberzeugung dahin, daß der Knabe direkt während der erhaltenen Schläge gestorben sei. Oberstabsarzt Dr. Preuß in Liegnitz erklärte über den anderen Knaben: Ich habe den kleinen Joachim untersucht. Der ganze Rücken, das Gesicht, die Beine, Arme, die Brust usw. waren mit dicken, blut-

unterlaufenen Striemen bedeckt. Der kleine Joachim hat ein kleines Kind Scharlach gehabt und dadurch auf einem Ohrläppchen das Gesicht verloren. Das einfache menschliche Mitleid hätte den Kranken erhalten müssen, das Kind trotz seiner Dysenterien auf den Kopf zu schlagen. Die Wunden sind durch fortwährende heftige Schläge entstanden. Als ich die Knaben zum ersten Male wieder sah, erschraf ich. Der Gang war greisenhaft, das Auge glänzte nicht mehr, die Gesichtsfarbe war grau, die Haltung war nicht mehr elastisch. Von einer sittlichen Verfehlung des Knaben habe er keine Spur entdeckt.

Der Direktor der Kreis-Irrenanstalt, Medizinalrath Dr. Krauß, erklärte hinsichtlich der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten: Von streng medizinisch-wissenschaftlichem Standpunkt aus ist der Angeklagte geistig minderwertig, vom forensischen Standpunkt aus ist der Angeklagte als vollkommen geistig zurechnungsfähig zu erklären. Ich meine, der sich vier Stunden lang in so logischer Weise theilenden kann, ist vollkommen zurechnungsfähig. Der Angeklagte besitzt einen furchtbaren Hochmuthsbübel und hat eine arge Gefühllosigkeit an den Tag gelegt. Nach alledem was ich hier gehört habe, halte ich den Angeklagten für einen Sadisten. Der Sadismus äußert sich in der Wollust und Grausamkeit. Die unaufhörlich Mißhandlungen sind nicht anders zu erklären, als daß der Angeklagte durch Ausübung seiner Grausamkeit seine Wollust befriedigt hat. Die Aussagen des kleinen Joachim sind wahr. Die Knaben haben niemals sittliche Verfehlungen begangen. Diese hat ihnen der Angeklagte angedichtet um Grund zu seinen Grausamkeiten und damit zur Befriedigung seiner Wollust zu haben. Hat somit der Angeklagte einen moralischen Defekt, so ist seine freie Willensbestimmung im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuches nicht ausgeschlossen gewesen. Ihm schlossen sich die anderen medizinischen Gutachter mit ähnlichen Erklärungen an. Er bereits mitgeteilt, wurde der Angeklagte schuldig befunden und zu acht Jahren Zuchthaus sowie zehn Jahre Ehrverlust verurteilt. Von dem zahlreichen Publikum, bei der Verhandlung beizugewohnt, wurde das Urtheil mit großer Befriedigung aufgenommen.

## Soziales und Parteileben.

**Streik und Lohnbewegungen.** Die Maurer Lübenau legten am 8. Oktober die Arbeit nieder. Es mehreren Wochen sind Verhandlungen wegen einer Lohnerhöhung von 30 auf 35 Pfg. pro Stunde im Gange. In langem Zeitraume hat der Meister entgegenkommend. Am 4. d. M. sollte ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Es stellte sich aber heraus, daß die Meister die Gesellen nur hinziehen wollten. Sie zogen die gemachten Versprechungen zurück, worauf nun die Maurer zum Streik griffen. — Die Klemperer in Magdeburg haben zwecks Beilegung ihres Konflikts mit den Unternehmern das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen. Sie haben dies gethan, lediglich um ihre Friedensliebe darzutun, denn die Lage des Streiks ist ausgezeichnet. — Die Solinger Bauunternehmer suchen in auswärtigen Blättern Raum. Es sei aus diesem Anlaß daran erinnert, daß die Solinger Maurer sich in einer Lohnbewegung befinden.

**Das Strafkonto der Parteigenossen** betrug in beiden Monaten August und September insgesamt: 6 Tage 2 Monate und 2 Wochen Gefängnis- und 2070 Mark Strafe.

**Einen „Vorschlag zur Güte“** macht Auer. meint, da die Versicherung der Revisionisten, den Boes Klassenkampf nicht zu verlassen, vom Gros der Arbeiter nur mit Hohn aufgenommen werde, so haben diese Pflicht, die Probe aufs Exempel zu machen. In zwei Wochen tritt der Reichstag zusammen. Was liegt da näher als daß von radikaler Seite Anträge vorbereitet und Aktionsprogramm für die zukünftige Thätigkeit der Fra-

## Der Bedlar.

Roman aus dem amerikanischen Leben v. Otto Kuppis.

(Schluß.)

Helmstedt sah noch, nachdem er ausgelesen, einen Augenblick wortlos auf die Zeilen; er hatte Anderes, Schlimmeres erwartet. Als er aber den Blick in das Gesicht seiner schweigenden jungen Frau warf, sah er ihre Augen in hellen Thränen glänzen. „Es wird gewiß noch Alles ganz gut werden, August!“ sagte sie leise, „ich kannte meinen Vater, und wenn er sich auch jetzt zwingt, hart zu sprechen, so kann er sein Herz doch nicht ganz von mir reißten. Jetzt haben wir doch schon einen Anfang und brauchen keine Hüfe von anderen Leuten und laß nur eine Zeit verstreichen, bis er dich ganz hat kennen lernen, und es wird Alles vergessen und vergeben sein!“

Es klang so wunderbarlich in dem Munde dieses jungen verwöhnten Kindes: „Wir haben doch schon einen Anfang!“ daß Helmstedts ganze Seele hätte lachen mögen. „Halte fest an mir, Du mein ganzes Glück!“ sagte er und drückte sie an sich, „und ich will dich tragen, daß kein Stein Deinen Fuß berühren soll, so lange ich selbst noch aufrecht stehe!“

Sie wurden durch Mortons Eintritt unterbrochen. „Ich störe Euch, Kinder,“ sagte er, „aber das wird Euch wohl noch oft in Euren glücklichsten Lebensstunden passieren. — Glück und Trauer liegen oft kaum einen Schritt von einander. Wir müssen einen Besuch beim alten Isaac machen, der, Helmfstedt, es wird aber wohl unser letzter sein, kommen Sie!“

„Ist er so krank geworden, oder ist sonst Etwas mit ihm vorgegangen?“ rief der junge Mann besorgt; Morton aber antwortete nicht, öffnete die Thür und schritt den Treppen die Treppe hinauf nach dem Zimmer hinauf, in welchem Helmfstedt den Bedlar am Abend vorher verlassen.

Der alte Mann lag mit geschlossenen Augen in seinem

Bette — die weiße Decke, die ihn einhüllte, war mit Blut gefärbt. Seine abgemagerte Hand ruhte neben einem offenen Notizbuche vor ihm; zur Seite des Lagers stand ein Arzt, dem chirurgischen Bedle nach zu urtheilen, daß er eben zusammenwackelte, und am Fuße des Bettes lehnte Pauline, die indessen beim Eintritt der jungen Leute das Zimmer verließ. Helmfstedt war rasch bis zum Lager vorgegangen, warf einen Blick auf die Umgebungen und dann in das bleiche, unbewegliche Gesicht des Daliegenderen.

„Ist er todt?“ fragte er nach augenblicklicher Pause mit erschütternder Stimme.

„Das Leben scheint ihn schon seit länger als zwölf Stunden verlassen zu haben,“ erwiderte der Doktor, „er hat augenblicklich während der Nacht einen Blutsturz bekommen — wie lange er aber nachher noch gelebt, läßt sich nicht bestimmen; jedenfalls scheint er schon vorher eine Ahnung von seinem Ende gehabt zu haben, nach der Art von Testament zu schließen, welches sich hier in seinem Notizbuche findet.“

„Ja, er ist todt, der alte Kamerad!“ sagte Morton und fuhr sich mit der Hand über die Stirn. „Er hat ausgewandert und sein Kopfen wird ihn nicht mehr drücken — möchten wir nur Alle so leicht aus dem Leben gehen, wie er es gethan.“

Helmstedt sagte die kalte Hand des Todten. „Aber um Gottes willen,“ rief er, „ich habe doch letzte Nacht ein langes Gespräch mit ihm gehabt und es war heute fast Mittag, als ich wegfuhr und auch da schien noch Niemand Etwas zu wissen.“

„Sehen Sie ihn nur an, ob er nicht aussieht, als hätte er in voller Harmonie,“ sagte Morton, „so fand ihn Isaac, als er heute Morgen ins Zimmer kam, und ging zurück, um ihn nicht zu stören; so ist sich dieser das zweite Mal, kurz vor Mittag, täuschen und erst als ich Nachmittags selbst mit heraufkam, um nach dem alten Manne zu sehen, wurde das Blut auf dem Bette wahrgenommen und

wir merkten, wie die Sachen standen. Ich schickte nach Doktor hin, um nichts zu verabsäumen; aber, wie er der Tod hat wahrscheinlich schon während der Nacht festgestellt. — Da sind seine letzten Zeilen, die er für aufgeschrieben hat,“ fuhr Morton fort und reichte dem jungen Manne das Notizbuch vom Bette, „lesen Sie vorläufig ich denke, der Coronar, nach dem ich aller Vorsicht geschickt habe, muß in einer halben Stunde hier sein, dann mögen Sie das Buch ganz an sich nehmen.“

Auf einem ausgerissenen Blatte standen mit sicheren schwarzen Schriftzügen die nachfolgenden mit Bleistift geschriebenen Zeilen:

„Ich weiß nicht, ob mir nicht während der Nacht ein menschliches Zustoßen kann, ich habe schon den ganzen Blutgeschmack im Munde und ein sonderbares Gefühl in der Brust; sollte es sein, so behauere ich es nicht, denn ich jetzt nicht mehr viel in der Welt zu thun, und ich bitte Mr. Helmfstedt, sich meiner Papiere anzunehmen, welche in der Tasche dieses Buches befinden. Es sind die Titenscheine meiner Ersparnisse, welche nach meinem meinem Schwesterjohnne gehören sollen. Alle die hienötigen Nachweisungen sind auf dem ersten Blatte dieses Buches verzeichnet. — Mr. Helmfstedt bitte ich ferner, ihm sein Stolz doch nicht erlauben würde, Etwas von anzunehmen, den alten Isaac nicht ganz zu vergessen sollte aber eine Zeit kommen, wo er doch noch die ihm machten Vorschläge annehmen wollte, so bedarf es nur dieses von ihm an das Haus in New York, in welchem das kaufmännische Geschäft gelernt hat und er wird Aufnahme finden. Im Riverhause befindet sich mein Bekosten im Verwahrsam des Wirthes. Alle Waaren sollen Isaac gehören, dem ich manchen Dank schuldig er mag sein Glück noch einmal damit bei Sarah verheirathet. — Mit meinem Liebe mag geschehen, was da wolle, meine Seele wird ihren Weg finden ohne menschliches Zutun. Isaac Helmfstedt.“

